

1.o. UV-Sitzung im Sommersemester 2026, 27.05.2026

1. Antrag zur Bestimmung eines_ einer Datenschutzbeauftragten, eingebracht vom Vorsitz

Gemäß §16 der Satzung der Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft an der Universität Salzburg hat die Universitätsvertretung eine Datenschutzbeauftragte Person zu bestimmen.

Die Universitätsvertretung der Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft an der Universität Salzburg möge daher beschließen:

Marie Stenitzer soll zum Datenschutzbeauftragten der Hochschülerinnen und Hochschülerschaft an der Universität Salzburg bestimmt werden.

2. Antrag Refundierung von Pfandbeträgen – Änderung Gebarungsordnung, eingebracht vom Referat für wirtschaftliche Angelegenheiten

Die Universitätsvertretung der HochschülerInnenschaft an der Universität Salzburg möge beschließen:

Punkt 5.1 der Gebarungsordnung wird wie folgt geändert:

Abweichend von Punkt 5.1 der Gebarungsordnung kann Pfand refundiert werden, wenn der Einkauf der Pfandgebinde vorab schriftlich mit dem Referat für wirtschaftliche Angelegenheiten mindestens 2 Wochen vorher abgestimmt wurde, der Einkauf im Rahmen einer Veranstaltung oder eines Projekts für eine größere Personengruppe erfolgte und glaubhaft gemacht wird, dass eine vollständige Rückgabe der Pfandgebinde trotz zumutbarer Sorgfalt nicht möglich war (z.B. Verlust oder Zerstörung).

Zur Sicherstellung der Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit dürfen in diesen Ausnahmefällen maximal 5 % des insgesamt für die betreffende Veranstaltung entrichteten Pfandbetrages jedoch höchstens 10€ refundiert werden. Als ein Einkauf gelten alle sachlich und zeitlich zusammenhängenden Beschaffungen für dieselbe Veranstaltung oder dasselbe Projekt. Eine Aufteilung von Einkäufen zur Umgehung dieser Bestimmung ist unzulässig.

3. Beauftragung von PTK.Wirtschaftsprüfung mit Prüfung des Jahresabschlusses 25/26, eingebracht vom Referat für wirtschaftliche Angelegenheiten

Die HochschülerInnenschaft Universität Salzburg (ÖH Uni Salzburg) ist nach § 40 Abs. 3 des HSG 2014 dazu verpflichtet, jedem erstellten Jahresabschluss einen Bericht eines Wirtschaftsprüfers anzuhängen. Dies geschieht nach einem Auswahlverfahren mit 3 Angeboten in Zusammenarbeit mit PTK.Wirtschaftsprüfung, welche sich in der angehängten Auswertung durchsetzen konnten.

Die Bestimmung dieser durch die Universitätsvertretung der ÖH Uni Salzburg ist notwendig, da ansonsten ein Jahresabschluss entsprechend den geforderten Voraussetzungen nicht möglich wäre.

Die Universitätsvertretung der HochschülerInnenschaft an der Universität Salzburg (ÖH Uni Salzburg) möge daher die Beauftragung von PTK.Wirtschaftsprüfer mit Prüfung des Jahresabschlusses 25/26 beschließen.

4. Antrag zur Änderung der Satzung, eingebracht von Grünen & Alternativen Student_innen Salzburg sowie Verband Sozialistischer Student_innen in Österreich – Sektion Salzburg

Um den Bedarf zur Verbesserung und Instandhaltung der digitalen Infrastruktur der ÖH Uni Salzburg nachzukommen, soll ein zusätzliches Referat geschaffen werden.

Der Aufgabenbereich des Referats umfasst unter anderem:

- Gesammelte Weitergabe oder Bearbeitung von technischen Problemen innerhalb der digitalen Infrastruktur der ÖH Uni Salzburg
- Beratung der ÖH Uni Salzburg zu technischen Angelegenheiten
- Aufgaben, das technische Know-How benötigen, wie z.B. die Überarbeitung der Webseite

Daher möge die Universitätsvertretung der ÖH Uni Salzburg beschließen:

- Die Satzung der Hochschüler_innenschaft an der Uni Salzburg wird folgendermaßen abgeändert:

§ 27 (Referate der Universitätsvertretung) Abs. 1 wird um die Wortfolge „12. Referat für Technik und digitale Infrastruktur“ erweitert.

5. Schulung von +respekt für Referate, spezifisch für queere Angelegenheiten, feministische Politik, Disability, Internationale Angelegenheiten und Diversity und das Beratungszentrum, eingebracht vom Referat für queere Angelegenheiten

Von 2. Bis 6. März veranstalteten das FGDD (Family, Gender, Disability and Diversity) und der AKG (Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen) im Rahmen ihres neuen Konzepts +respekt, das eine gesammelte Anlaufstelle für Beratung in Diskriminierungsfällen bietet, eine Awareness- Week an der DAS Fakultät. Unter anderem gab es dort einen Workshop für Studienvertretungen zum Umgang mit Diskriminierungsfällen als Beratende.

Als Referate sind wir ebenfalls Anlaufstellen für Diskriminierungsfälle zu verschiedenen Themenbereichen, deren Unterstützung mit zu den Hauptaufgaben der Referate gehört.

Allerdings sind wir größtenteils ungeschult in Beratung und Awarenessarbeit. Das Gleiche gilt für das ÖH Beratungszentrum.

Eine Schulung zu Beratung und Unterstützung im Fall, dass Studierende sich wegen erlebter Diskriminierung an Referate und / oder das Beratungszentrum wenden, soll die Möglichkeit geben, zu lernen, was ÖH-Aktivist_innen tun können, was rechtliche Rahmenbedingungen sind, an wen ÖH-Aktivist_innen weitergeben können und wie die ÖH-Aktivist_innen dabei auf sich achten können. Zudem soll ein gemeinsamer Termin die Vernetzung unter den Referaten fördern, sowie mit dem AKG, FGDD und ggf. dem Beratungszentrum.

Daher möge die Universitätsvertretung der ÖH Uni Salzburg beschließen:

- Der ÖH Vorsitz kümmert sich um eine gemeinsame Terminfindung für eine Schulung von +respekt. Dabei anwesend sollen sein die schulenden Mitglieder von AKG und FGDD, sowie die Referent_innen für queere Angelegenheiten, feministische Politik, Disability und Internationale Angelegenheiten und Diversity.
- Andere Referate und das Beratungszentrum sollen über die geplante Schulung informiert und bei bekundetem Interesse ebenfalls in die Terminfindung mit einbezogen werden.
- Zur freiwilligen Teilnahme an der Schulung eingeladen werden sollen Sachbearbeiter_innen der Referate und Angestellte des Beratungszentrums.

6. Antrag: Positionierung der ÖH Uni Salzburg zu der kolportierten Budgetkürzung an den öffentlichen Universitäten.

Zwischen den öffentlichen Universitäten und dem Wissenschaftsministerium wird für jeweils für drei Jahre eine Leistungsvereinbarung (LV) beschlossen. Derzeit befinden wir uns in der LV-Periode 2025-27.¹

Aktuell finden Verhandlungen zu der LV-Periode 2028-30 statt. Im Zuge dessen wurden kolportierte Zahlen bekannt, wonach in den öffentlichen Universitäten eine Kürzung von etwa einer Milliarde Euro gegenüber dem Gesamtbudget von 16,5 Milliarden Euro in der aktuellen LV-Periode anstehen könnte.² Das wäre mehr als das aktuelle Gesamtbudget der Universität Salzburg, des Mozarteums und der Kunstuni Linz zusammen.

Eine solche Einsparung würde wohl gravierende Auswirkungen auch für die Studierenden mit sich bringen: Medial thematisiert wird etwa ein massiver Personalabbau, der das Betreuungsverhältnis verschlechtern würde oder das Auflösen kleinerer Studiengänge. Auch Diskussionen über strengere Zulassungsvoraussetzungen oder die Wiedereinführung allgemeiner Studiengebühren flammen in diesem Zusammenhang wieder auf.

Wer an Bildung und Wissenschaft kürzt, kürzt an Zukunft – in diesem Sinne soll sich auch die ÖH Uni Salzburg kritisch gegen eine mögliche Budgetkürzung positionieren. Die Universitätsvertretung der Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft an der Universität Salzburg möge daher beschließen:

- Die Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft an der Universität Salzburg positioniert sich bezüglich der LV-Periode 2028-2030 gegen jede nominelle oder reale Mittelkürzung der öffentlichen Universitäten im Vergleich zur laufenden LV-Periode.
- Sofern Zahlen kolportiert werden, die eine Budgetkürzung für die öffentlichen Universitäten darstellen würden, oder eine reale Mittelkürzung tatsächlich budgetiert wird, tritt das Vorsitzteam in Kontakt mit dem Rektorat der Uni Salzburg und mit der ÖH Mozarteum, um sich zwecks Aktionen der öffentlichen Universitäten in Salzburg gemeinsam abzustimmen. Hierbei soll auch Rücksprache mit der Bundes-ÖH gehalten werden.
- Die Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft an der Universität Salzburg stellt sich im Zuge der breiteren Diskussionen rund um die Budgetkürzung gegen eine Wiedereinführung von allgemeinen Studiengebühren, gegen eine Erhöhung der vorhandenen Studiengebühren, gegen schärfere Zulassungsbestimmungen und gegen eine Erhöhung des Kostenbeitrags für außercurriculare Lehre.

1 <https://www.bmfwf.gv.at/wissenschaft/hochschulgovernance/steuerungsinstrumente/leistungsvereinbarungen.html>

2 <https://www.derstandard.at/story/3000000321474/eine-milliarde-weniger-budget-unis-drohen-der-regierung-und-sagen-ihr-den-kampf-an>

7. Antrag des KSV Salzburg an die Hochschulvertretung der Universität Salzburg

Die ÖH Salzburg soll gemeinsam mit Vertreter:innen aller ÖH-Organe ein offenes gemeinsames Statement gegen die Kürzungspläne der Bundesregierung veröffentlichen

Die aktuellen Kürzungspläne der Bundesregierung im Bereich Hochschule und Wissenschaft gefährden die Bedingungen für ein erfolgreiches Studium erheblich. Sie würden zu weniger Unterstützung, mehr Druck im Studienalltag und langfristig zu schlechteren Rahmenbedingungen für Studierende führen. Gerade in einer Situation, in der viele Studierende bereits mit steigenden Lebenshaltungskosten, unsicheren finanziellen Verhältnissen und hoher Mehrfachbelastung konfrontiert sind, treffen solche Einschnitte die Studierenden besonders hart.

Da die geplanten Kürzungen auch von SPÖ-Wissenschaftsministerin Eva-Maria Holzleitner mitgetragen werden, braucht es eine klare und entschlossene Gegenposition der Studierendenvertretung. Diese soll möglichst breit getragen sein und allen engagierten Vertreter:innen innerhalb der ÖH die Möglichkeit zur Mitwirkung geben.

Die ÖH Salzburg soll daher gemeinsam mit Vertreter:innen aus Studienvertretungen (STVen), Fakultätsvertretungen (FVen) sowie Mandatar:innen der Universitätsvertretung (UV) ein gemeinsames öffentliches Statement gegen die Kürzungen erarbeiten und veröffentlichen. Dabei soll allen interessierten Mandatar:innen und Funktionär:innen aus den Organen der ÖH die Möglichkeit gegeben werden, sich an diesem Statement zu beteiligen. Ziel ist es, eine möglichst breite und solidarische Position der Studierendenvertretung sichtbar zu machen.

Um möglichst viele Studierende zu erreichen, sollen die öffentlichen Kanäle der ÖH Salzburg gezielt genutzt werden. Dazu zählt insbesondere Instagram. Ziel muss es sein, die gemeinsame Ablehnung der Kürzungspläne sichtbar zu machen und ein starkes Signal der Studierendenvertretung an die Bundesregierung zu senden.

Die Universitätsvertretung der Universität Salzburg möge daher beschließen:

- Die ÖH-Universität Salzburg positioniert sich öffentlich gegen die Kürzungspläne der Bundesregierung im Bereich Hochschule und Wissenschaft.
- Die ÖH-Universität Salzburg erarbeitet und veröffentlicht ein gemeinsames öffentliches Statement unter Einbindung von Vertreter:innen der Studienvertretungen (STVen), Fakultätsvertretungen (FVen) sowie der Universitätsvertretung (UV).
- Allen interessierten Mandatar:innen und Funktionär:innen innerhalb der ÖH wird die Möglichkeit gegeben, sich an diesem Statement zu beteiligen.
- Das gemeinsame Statement wird insbesondere über die öffentlichen Kanäle der ÖH Salzburg, vor allem über Instagram, verbreitet.

- Ziel des Statements ist es, eine möglichst breite, organübergreifende und solidarische Ablehnung der Kürzungspläne sichtbar zu machen.

8. Antrag des KSV Salzburg an die Hochschulvertretung der Universität Salzburg

Die ÖH Salzburg soll sich dafür einsetzen, dass an allen Salzburger Uni-Mensa-Standorten das von Bundesministerin Eva-Maria Holzleitner angekündigte 5€-Mensa-Menü eingeführt wird

Mit dem vom Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung angekündigten 5€-Mensa-Menü soll Studierenden ab dem Wintersemester 2026/27 täglich ein warmes, ausgewogenes Menü für unter 5 Euro ermöglicht werden. Voraussetzung dafür ist die Teilnahme der jeweiligen Universität am Programm „Mensa 2030“ sowie die Einhaltung der vorgesehenen Qualitätsstandards durch die jeweiligen Mensa-Betreiber.

Gerade angesichts steigender Lebenshaltungskosten ist leistbares Essen ein zentraler Bestandteil sozialer Studienbedingungen. Die Einführung des 5€-Mensa-Menüs an allen Salzburger Uni-Mensa-Standorten setzt daher nicht nur die Mitwirkung der Universität Salzburg voraus, sondern insbesondere auch die Bereitschaft und Umsetzung durch die externen Mensa-Betreiber, die für den laufenden Betrieb und die Einhaltung der Qualitätsstandards verantwortlich sind.

Die Universität Salzburg kann diesen Prozess unterstützen, die notwendigen Voraussetzungen für eine Teilnahme am Programm schaffen und die Einhaltung der Standards bestätigen. Gleichzeitig soll sich die ÖH Salzburg dafür einsetzen, dass der bestehende ÖH-Mensabonus an allen Standorten aufrecht bleibt, die nicht am Projekt „Mensa 2030“ teilnehmen.

Die Universitätsvertretung der Universität Salzburg möge daher beschließen:

- Die ÖH-Universität Salzburg setzt sich gegenüber der Universität Salzburg und den jeweiligen externen Mensa-Betreibern dafür ein, dass an allen Salzburger Uni-Mensa-Standorten das angekündigte 5€-Mensa-Menü eingeführt wird.
- Die ÖH-Universität Salzburg fordert die Universität Salzburg auf, die Teilnahme am Programm „Mensa 2030“ zu ermöglichen und die jeweiligen Mensa-Betreiber bei der Umsetzung der dafür notwendigen Voraussetzungen zu unterstützen.
- Die ÖH-Universität Salzburg setzt sich gegenüber den zuständigen Mensa-Betreibern dafür ein, dass diese die vorgesehenen Qualitätsstandards erfüllen, damit die Einführung des 5€-Mensa-Menüs an den betroffenen Standorten möglich wird.
- Die ÖH-Universität Salzburg informiert die Studierenden über die geplante Einführung des 5€-Mensa-Menüs, die Voraussetzungen des Programms sowie den jeweiligen Umsetzungsstand an den Salzburger Standorten.
- Der bestehende ÖH-Mensabonus soll an allen Salzburger Standorten weiterhin bestehen bleiben, sofern diese nicht am Projekt „Mensa 2030“ teilnehmen.

- Ziel ist die möglichst flächendeckende Einführung des von Bundesministerin Eva-Maria Holzleitner angekündigten 5€-Mensa-Menüs für Studierende an allen Salzburger Uni-Mensa-Standorten, ohne dass Studierende an nicht teilnehmenden Standorten den ÖH-Mensabonus verlieren.

9. Verbesserung der Schlüsselsituation an den Universitätsstandorten der Universität Salzburg, eingebracht von der Fakultätsvertretung DAS, GW, NLW und SoE

Die Studienvertretungen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Betreuung und Unterstützung von Studierenden. STV-Büros sind dabei nicht nur Arbeitsräume für die Vertretungstätigkeit, sondern auch zentrale soziale Orte für Austausch, Lernen und Aufenthalt. An mehreren Standorten mangelt es außerhalb der STV-Räumlichkeiten an geeigneten Aufenthaltsmöglichkeiten für Studierende, weshalb die Büros zusätzlich eine bedeutende Funktion als Rückzugsort und Safe Space übernehmen.

Derzeit stehen den Studienvertretungen jedoch zu wenige Schlüssel für ihre Büroräumlichkeiten zur Verfügung. Wiederholt wurde zudem von Seiten der zuständigen Universitätsabteilung behauptet, dass ausschließlich Mandatar:innen einen Anspruch auf Schlüssel hätten. Eine entsprechende verbindliche Regelung scheint entweder nicht

zu existieren oder wird in einer Form angewendet, die den tatsächlichen Bedürfnissen der Studienvertretungsarbeit nicht gerecht wird.

Damit STV-Büros regelmäßig geöffnet und für Studierende zugänglich sein können, bedarf es einer bedarfsgerechten und praxisnahen Lösung. Die Schlüsselvergabe sollte sich daher nicht an Mandaten, sondern an der tatsächlichen Anzahl aktiver STV-Mitglieder orientieren.

Daher möge die Universitätsvertretung der ÖH Uni Salzburg beschließen:

Der ÖH-Vorsitz sowie die zuständigen Referate setzen sich gegenüber dem Rektorat und den zuständigen Stellen der Universität Salzburg für eine nachhaltige Verbesserung der Schlüsselsituation der Studienvertretungen ein. Dies umfasst insbesondere:

- Die Überprüfung der bestehenden Regelungen zur Schlüsselvergabe an Studienvertretungen.
- Den Ankauf und die Vorhaltung einer ausreichenden Anzahl an Schlüsselrohlingen für die ÖH-Büros.
- Die Prüfung, ob durch einen Schlosstausch kostengünstigere Schließlösungen für die ÖH realisierbar sind.
- Die Anpassung der Schlüsselvergabe, sodass diese sich an der tatsächlichen Anzahl aktiver STV-Mitglieder orientiert und nicht ausschließlich an Mandaten.
- Die Sicherstellung einer ausreichenden Schlüsselanzahl entsprechend der jeweiligen STV-Größe, damit die Büros regelmäßig und verlässlich für Studierende geöffnet werden können.

Über den Stand der Verhandlungen ist bis zur 1. Sitzung im Wintersemester 2026/27 zu berichten.

Improving Key Access at the University of Salzburg's Campus Locations

Submitted by the Faculty Representation DAS, GW, NLW and SoE

Student representations make a vital contribution to the support and welfare of students. STV offices are not merely workspaces for representative activities, but also central social spaces for exchange, learning, and informal gathering. At several locations, there is a lack of suitable common areas for students outside the STV premises, meaning these offices additionally serve an important function as a retreat and safe space.

At present, however, student representations have access to an insufficient number of keys for their office spaces. The responsible university department has repeatedly claimed that only elected representatives (Mandatar:innen) are entitled to keys. A corresponding binding regulation either does not appear to exist, or is being applied in a manner that fails to meet the actual needs of student representation work.

In order for STV offices to be opened regularly and remain accessible to students, a needs-based and practical solution is required. Key allocation should therefore be guided not by mandates, but by the actual number of active STV members.

Therefore, the student union of the Salzburg University of Salzburg may decide:

The ÖH chair and the relevant departments shall advocate with the Rectorate and the responsible university bodies for a sustainable improvement of the key situation for student representations. This includes in particular:

- A review of the existing regulations governing key allocation to student representations.
- The procurement and maintenance of a sufficient stock of key blanks for ÖH offices.
- An assessment of whether a lock replacement could provide more cost-effective access solutions for the ÖH.
- An adjustment of key allocation so that it is based on the actual number of active STV members rather than solely on mandates.
- The provision of a sufficient number of keys in line with the respective size of each STV, so that offices can be opened regularly and reliably for students.

A progress report on the negotiations shall be submitted by the 1st session of the winter semester 2026/27.

10. Vereinfachung der Budgetaufteilung bei gemeinsamen STV-Veranstaltungen, eingebracht von der Fakultätsvertretung DAS und NLW

Studienvertretungen organisieren regelmäßig gemeinsame Veranstaltungen, Feste und sonstige Aktivitäten, um den Austausch zwischen Studierenden zu fördern und fakultätsübergreifende Zusammenarbeit zu stärken. Gerade bei größeren oder gemeinsamen Projekten entsteht jedoch häufig ein hoher administrativer Aufwand bei der Abrechnung von Ausgaben zwischen mehreren Studienvertretungen.

Derzeit müssen Ausgaben oftmals getrennt eingereicht oder intern aufwendig koordiniert werden, obwohl die Veranstaltungen gemeinsam organisiert und finanziert werden. Dies führt zu unnötigem bürokratischem Aufwand sowohl für die beteiligten Studienvertretungen als auch für das Wirtschaftsreferat der ÖH.

Durch eine zentrale und gemeinsame Abrechnungsmöglichkeit könnten Abläufe vereinfacht, Verwaltungsaufwand reduziert und die Zusammenarbeit zwischen Studienvertretungen erleichtert werden.

Daher möge die Universitätsvertretung der ÖH Uni Salzburg beschließen:

Dass die zuständigen Referate sowie der Vorsitz der ÖH Uni Salzburg gemeinsam mit der Buchhaltung und den betroffenen Stellen die Schaffung einer praktikablen Möglichkeit evaluieren, damit mehrere Studienvertretungen gemeinsame Veranstaltungen und Aktivitäten gesammelt abrechnen können. Dazu gehört in einem ersten Schritt:

- Die Evaluierung, ob gemeinsame Ausgaben gesammelt über eine zentrale Einreichung bei meine:öh abgerechnet werden könnten.
- Die Ausarbeitung eines Konzepts für einen möglichst einfachen und unbürokratischen Ablauf gemeinsamer Abrechnungen.
- Die Einbindung der Buchhaltung sowie aller betroffenen Stellen in die Konzepterstellung und Evaluierung der Umsetzbarkeit.

Die Evaluierung sowie ein entsprechendes Konzept sollen spätestens bei der ersten UV Sitzung im SS 2027 vorliegen.

Simplification of Budget Allocation for Joint STV Events

Submitted by the Faculty Representation DAS and NLW

Student representations regularly organize joint events, celebrations, and other activities in order to promote exchange between students and strengthen cooperation across different study programs and faculties. However, especially for larger or jointly organized projects, a significant administrative effort often arises when handling expense reimbursements between multiple student representations.

Currently, expenses often have to be submitted separately or coordinated internally in a complicated manner, even though the events are organized and financed jointly. This creates unnecessary bureaucratic effort both for the involved student representations and for the Economic Affairs Department (“Wirtschaftsreferat”) of the ÖH.

Through a centralized and joint reimbursement system, processes could be simplified, administrative work reduced, and cooperation between student representations improved.

Therefore, the student union of the Salzburg University of Salzburg may decide:

That the responsible departments as well as the chairperson of the ÖH University Salzburg, together with the accounting department and all relevant stakeholders, evaluate the creation of a practical solution that would allow multiple student representations to jointly settle expenses for shared events and activities. As a first step, this includes:

- Evaluating if shared expenses could be submitted collectively through a central submission process within meine:öh.
- Developing a concept for a simple and low-bureaucracy process for joint reimbursements.
- Involving the accounting department and all relevant stakeholders in the development of the concept and the evaluation of its feasibility.

The evaluation and a corresponding concept should be completed no later than the first UV meeting of the summer semester 2027.